



2022

Tätigkeitsbericht



© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

der Salzburger Bundesratsmitglieder

Dr. Andrea Eder-Gitschthaler

David Egger

Silvester Gfrerer

Marlies Steiner-Wieser

Salzburg

April 2023

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
1. Kompetenzen des österreichischen Bundesrates	2
1.1 Kompetenzen zur Gesetzgebung.....	2
1.2 Kompetenzen zur Mitwirkung an der Vollziehung.....	3
1.3 Kompetenzen zur Kontrolle der Vollziehung.....	4
2. Europäische Kompetenzen des Bundesrates	5
2.1 Stellungnahmen gegenüber dem zuständigen Bundesminister	5
2.2 Mitteilungen an EU-Organe.....	5
2.3 Die Subsidiaritätsrüge	6
2.4 Die Subsidiaritätsklage	7
3. Zusammensetzung des österreichischen Bundesrates	7
4. Mandatäre.....	9
Dr. Andrea Eder-Gitschthaler	9
David Egger-Kranzinger	12
Silvester Gfrerer	15
Marlies Steiner-Wieser.....	17
5. Vorarlberger Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2022	22
5.1 Vorarlberger Vorsitz im Bundesrat und der Landeshauptleutekonferenz.....	23
5.2 Bundesrat im Bundesland mit Besuch in Lichtenstein“	24
5.3 Enquete: Die Zukunft dezentraler Lebensräume	25
6. Wiener Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2022.....	27
6.1 Wiener Vorsitz im Bundesrat und der Landeshauptleutekonferenz.....	28
6.2 Enquete „Verlässliche öffentliche Strukturen als Basis gesellschaftlichen Zusammenhalt“	31
7. Anfragen des Bundesrates 2022	33
8. Übersicht der Tätigkeiten des Bundesrates 2022	39

Einleitung

Dem österreichischen Bundesrat ist im politischen System des Landes eine wichtige Rolle zugeordnet. Er repräsentiert die Bundesländer und vertritt, seiner verfassungspolitischen Funktion nach, deren Interessen auf Bundesebene. Diese Mitwirkung der Länder an der Bundesgesetzgebung stellt einen zentralen Grundpfeiler in einem föderalen politischen System dar.

Nach Artikel 24 der Bundesverfassung übt der Nationalrat gemeinsam mit dem Bundesrat die Gesetzgebung des Bundes aus. Die zweite Kammer des österreichischen Parlaments ist somit ein Gesetzgebungsorgan des Bundes, weshalb die Mitwirkung an der Erlassung von Bundesgesetzen eine Kernaufgabe des Bundesrates ist.

Eine zweite parlamentarische Kammer erfüllt im politischen System die Funktion der Qualitätsverbesserung des Gesetzgebungsprozesses und der Repräsentation bestimmter Interessen – in diesem Fall, die Interessen der Bundesländer. Hinter der Funktion der Repräsentation bestimmter Interessen steckt der Gedanke, dass ein demokratisches System Gegengewichte im politischen Willensbildungsprozess bedarf.

Wenngleich die Mitglieder des Bundesrates aufgrund des in Artikel 56 Abs. 1 B-VG festgelegten freien Mandates mit keiner rechtlichen oder politischen Verantwortlichkeit gegenüber dem entsendenden Landtag gebunden sind, halten wir es für zweckmäßig, über unsere Tätigkeiten Bericht zu erstatten.

Mitglieder des Bundesrates sind gleichberechtigte Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger. Ebenso wie Landtagsabgeordnete, Mitglieder des Europäischen Parlaments oder Nationalratsabgeordnete. Wir melden uns im Parlament zu Wort, arbeiten in den parlamentarischen Ausschüssen mit, halten Führungen im Parlament, empfangen ausländische Delegationen und nehmen an parlamentarischen Themen-Enquêtes und Hearings sowie an Präsidial- und Klubsitzungen teil. Neben diesen vielfältigen Tätigkeiten auf Bundesebene sind wir natürlich auch auf Bezirks- und Gemeindeebene politisch aktiv.

Der vorliegende Bericht beschränkt sich auf unsere Tätigkeiten als Mitglieder der österreichischen Bundesrates und gibt einen Einblick in die zentralen Aufgabenbereiche und Themenfelder der zweiten österreichischen Parlamentskammer.

Allgemein können die Tätigkeiten des österreichischen Bundesrates – ebenso wie die gesamte Bundesgesetzgebung – im Internet auf der Homepage des österreichischen Parlaments (<https://www.parlament.gv.at/>) nachvollzogen werden, wobei auch sämtliche parlamentarischen Materialien und Sitzungsprotokolle einsehbar sind. Neben den Übertragungen im öffentlich rechtlichen Fernsehen können die Sitzungen des Bundesrates auch online über die Parlamentsmediathek nachverfolgt werden. (<https://www.parlament.gv.at/MEDIA/>)

1. Kompetenzen des österreichischen Bundesrates

Allgemein können die innerstaatlichen Kompetenzen des österreichischen Bundesrates nach in drei unterschiedliche Kategorien unterteilt werden:

- Kompetenzen zur Gesetzgebung
- Kompetenzen zur Mitwirkung an der Vollziehung
- Kompetenzen zur Kontrolle der Vollziehung

An dieser Untergliederung orientieren sich auch die nachstehenden Ausführungen.

1.1 Kompetenzen zur Gesetzgebung

Recht auf Gesetzesinitiativen

Der Bundesrat besitzt nach Artikel 41 Abs. 1 der Bundesverfassung das Recht, Gesetzesvorschläge an den Nationalrat einzubringen. Er kann dies durch einen Mehrheitsbeschluss oder durch einen Gesetzesantrag eines Drittels seiner Mitglieder tun. Mit Ausnahme von Gesetzen, die auf eine Änderung der Geschäftsordnung des Nationalrates abzielen¹, steht der zweiten Kammer das Recht auf Gesetzesinitiative uneingeschränkt zu.

Jede/r Abgeordnete hat das Recht, selbstständige Anträge auf Ausübung der Gesetzesinitiative des Bundesrates zu stellen. Diese müssen jedoch von mindestens drei Bundesräten (einschließlich Antragsteller) unterstützt werden. Dieses Recht steht nach §23 der Geschäftsordnung des Bundesrates auch jedem Ausschuss zu, sofern der Antrag in einem inhaltlichen Zusammenhang mit dem im Ausschuss behandelten Gegenstand steht.

Über den Antrag auf Gesetzesinitiative hat der Bundesrat mehrheitlich zu beschließen. Wird ein selbstständiger Antrag auf Gesetzesinitiative von mindestens einem Drittel der Bundesräte unterzeichnet oder gemeinsam eingebracht, muss dieser unverzüglich dem Nationalrat zur weiteren Behandlung übermittelt werden, wenn dies von den Unterzeichnern verlangt wird.

Anfechtung von Gesetzen

Der Bundesrat besitzt nach Artikel 140 Abs. 1 B-VG die Möglichkeit, die Verfassungsmäßigkeit von Bundesgesetzen anzufechten. Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) ist verpflichtet, auf Antrag eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates über die Verfassungsmäßigkeit von Bundesverfassungsgesetzen und einfachen Bundesgesetzen zu entscheiden. Die Wahrnehmung dieses Anfechtungsrechtes ist dabei an keine Voraussetzungen gebunden.

Einspruchs- und Zustimmungsrechte gegen Gesetzesbeschlüsse

Die Mitwirkung an der Erlassung von Bundesgesetzen ist eine Kernaufgabe des Bundesrates. Allgemein besitzt der Bundesrat ein suspensives Veto gegenüber Gesetzesbeschlüssen des Nationalrates und nur in bestimmten Fällen kommt ihm ein Zustimmungsrecht zu.

Jeder Gesetzesbeschluss des Nationalrates muss nach Artikel 42 des B-VG unverzüglich dem Bundesrat übermittelt werden. Ein Gesetz kann erst beurkundet und kundgemacht werden, wenn der Bundesrat keinen Einspruch erhebt. Ausnahmen bilden Gesetzesbeschlüsse, die die Geschäftsordnung oder die Auflösung des Nationalrates betreffen, sowie bestimmte Finanzgesetze.

Das Verfahren zur Bearbeitung eines Gesetzesentwurfs im Bundesrat ist dem des Nationalrates sehr ähnlich, diesem jedoch zeitlich nachgelagert. Somit entfällt für den Bundesrat die Möglichkeit, auf den

¹ Diese dürfen nur durch Anträge von Nationalratsabgeordneten novelliert werden. (vgl. §108 GO-NR)

Inhalt des Gesetzestextes Einfluss zu nehmen. Er kann den Gesetzesbeschluss binnen acht Wochen annehmen, ablehnen oder nichts tun.

Lässt der Bundesrat die Acht-Wochen-Frist verstreichen oder nimmt er den Gesetzesentwurf an, kann das Gesetz kundgemacht werden. Lehnt die Länderkammer den Entwurf mittels begründeten Einspruchs ab, muss der Nationalrat nochmals, unter Berücksichtigung des Vetos des Bundesrates, darüber beraten. Neben der Möglichkeit, den Gesetzestext nochmals einem Ausschuss zuzuweisen, besitzt der Nationalrat das Recht, nochmals über den unveränderten Gesetzesentwurf abzustimmen. Für solch einen Beharrungsbeschluss bedarf es eines erhöhten Präsenzquorums von mindestens 50 Prozent der Nationalratsabgeordneten. Gegen einen Beharrungsbeschluss kann der Bundesrat keinen Einspruch mehr erheben. Wird der Gesetzesentwurf jedoch noch einmal überarbeitet, hat die zweite Kammer ein neuerliches Einspruchsrecht.

Einsprüche des Bundesrates haben somit eine aufschiebende Wirkung (suspensives Veto). Der Nationalrat wird dazu gezwungen, seinen Beschluss erneut zu fassen, verhindert wird ein Gesetzesvorhaben dadurch nicht.

In einigen Fällen ist die ausdrückliche Zustimmung des Bundesrates jedoch zwingend erforderlich (absolutes Veto):

- Änderungen bezüglich der Einrichtung und Zusammensetzung des Bundesrates.
- Verfassungsgesetze, die die Zuständigkeit der Länder in Gesetzgebung und Vollziehung einschränken.
- Beschlüsse in Staatsverträgen, soweit sie Angelegenheiten des selbstständigen Wirkungsbereiches der Länder regeln.
- Ausführungsgesetze für die die Länder nicht die in Artikel 15 Abs. 6 B-VG angeordnete Mindestdauer zur Erlassung dieser Gesetze haben.
- Bei der Auflösung eines Landtages.

Dieses absolute Vetorecht erfüllt vor allem den Zweck, dass die Länder nicht ohne die Zustimmung des Bundesrates in ihren Kompetenzen beschnitten werden.

Recht auf eine Volksabstimmung

Nach Artikel 44 Abs. 3 B-VG ist jede Teiländerung der Bundesverfassung vor der Beurkundung durch den Bundespräsidenten einer Volksabstimmung zu unterziehen, wenn ein Drittel der Mitglieder des Bundesrates dies verlangt. Keinen Einfluss hat der Bundesrat auf die Abhaltung einer Volksabstimmung bei einfachen Bundesgesetzen.

1.2 Kompetenzen zur Mitwirkung an der Vollziehung

Obwohl der Bundesrat in der Verfassung als ein Organ der Gesetzgebung verankert ist, besitzt er auch Kompetenzen, um an der Vollziehung des Bundes mitzuwirken.

Genehmigung von Staatsverträgen

Bei politischen Staatsverträgen und anderen Staatsverträgen, die gesetzesändernd oder -ergänzend sind und den selbstständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen, bedarf es der Zustimmung des Bundesrates. Dies gilt auch bei Staatsverträgen, durch die die vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union geändert werden. Zur Beschlussfassung dieser Verträge bedarf es jeweils der Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder und einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

Tangieren politische Staatsverträge und anderen Staatsverträge, die gesetzesändernd oder -ergänzend sind, den selbstständigen Wirkungsbereich der Länder nicht, besitzt der Bundesrat lediglich ein suspensives Vetorecht gegen den Genehmigungsbeschluss des Nationalrates.

Auflösung von Landtagen

Nach Artikel 100 B-VG besitzt der Bundesrat, sollte der Bundespräsident auf Antrag des Nationalrates die Auflösung eines Landtages vornehmen, ein Zustimmungsrecht. Dazu bedarf es der Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder und einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen, wobei Vertreter des Landes, dessen Landtag aufgelöst werden soll, nicht an der Abstimmung teilnehmen dürfen.

Ernennung von VfGH-Richtern

Die Länderkammer besitzt das Recht, drei Mitglieder und ein Ersatzmitglied für den VfGH vorzuschlagen. Die Ernennung der Mitglieder des VfGH obliegt danach dem Bundespräsidenten. Er folgt dabei den Vorschlägen der Bundesregierung, des Nationalrates und des Bundesrates.

1.3 Kompetenzen zur Kontrolle der Vollziehung

Der Bundesrat hat sowohl politische als auch rechtliche Möglichkeiten zur Kontrolle der Bundesvollziehung.

Rechtliche Kontrolle

Rechtlich besitzt der Bundesrat die Kompetenz, zu beschließen, dass die Bundesversammlung² zum Zweck der Anklageerhebung gegen den Bundespräsidenten zusammentritt. Der Bundeskanzler hat diese sodann einzuberufen. Verletzt der Bundespräsident nämlich schuldhaft Bundesverfassungsrecht, ist er vor dem VfGH anzuklagen und seines Amtes zu entheben. Der Beschluss der Bundesversammlung muss bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder beider Vertretungskörper mit Zweidrittelmehrheit gefasst werden.

Politische Kontrolle

Politisch obliegt es dem Bundesrat, wie auch dem Nationalrat, die Geschäftsführung der Regierung zu überprüfen. Dies kann er vor allem mithilfe dieser Instrumente:

- Interpellationsrecht: Schriftliche, mündliche oder dringliche Anfrage an die Mitglieder der Bundesregierung.
- Informations- und Auskunftsrecht: Der Bundesrat kann die Einholung schriftlicher Äußerungen sowie die Anhörung von Auskunftspersonen über Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit des Bundesrates fallen, beschließen.
- Resolutionsrecht: Der Bundesrat kann seinen Wünschen über die Ausübung der Vollziehung in unverbindlichen Entschlüssen Ausdruck verleihen.
- Zitationsrecht: Die Länderkammer kann für ihre Sitzungen oder Sitzungen der Ausschüsse die Anwesenheit der Mitglieder der Bundesregierung verlangen.

² Die Bundesversammlung bildet ein drittes parlamentarisches Organ. Sie setzt sich aus den Mitgliedern des National- und Bundesrates zusammen. In erster Linie betreffen ihre Funktionen das Amt des Bundespräsidenten.

2. Europäische Kompetenzen des Bundesrates

Die EU-spezifischen Mitwirkungsrechte des österreichischen Bundesrates sind formal im Vertrag über die Europäische Union, der österreichischen Bundesverfassung sowie der Geschäftsordnung der Parlamentskammer verankert und ermöglichen eine starke Beteiligung in europäischen Angelegenheiten.

2.1 Stellungnahmen gegenüber dem zuständigen Bundesminister

Nach Artikel 23e B-VG hat der zuständige Bundesminister sowohl den Bundesrat als auch den Nationalrat unverzüglich über alle Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union zu informieren und muss ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme einräumen.

Durch die Verabschiedung einer Stellungnahme hat der österreichische Bundesrat die Möglichkeit, auf die Verhandlungs- und Abstimmungsposition der Regierungsmitglieder im Rat der EU und im Europäischen Rat Einfluss zu nehmen.

Eine solche Stellungnahme kann für den zuständigen Bundesminister auch bindend sein. Ist dies der Fall, darf die darin formulierte Position bei Verhandlungen und Abstimmungen in der Europäischen Union nach Artikel 23e Abs. 4 B-VG nur aus zwingenden integrations- und außenpolitischen Gründen vom Bundesminister verlassen werden. Wird dieses Vorhaben dem Bundesrat jedoch mitgeteilt und er widerspricht innerhalb einer angemessenen Frist³ nicht, ist ein Abgehen von der Position des Bundesrates zulässig. Nach der Abstimmung auf europäischer Ebene hat der zuständige Bundesminister dem Bundesrat unverzüglich Bericht zu erstatten.

Die Verabschiedung verbindlicher Stellungnahmen durch den Bundesrat ist auf Vorhaben beschränkt, „[die] auf die Erlassung eines verbindlichen Rechtsaktes gerichtet [sind], der entweder die Erlassung bundesverfassungsgesetzlicher Bestimmungen erfordern würde, durch die die Zuständigkeit der Länder in Gesetzgebung oder Vollziehung gemäß Artikel 44 Abs. 2 BV-G eingeschränkt wird, oder Regelungen enthält, die nur durch solche Bestimmungen getroffen werden könnten“ (Artikel 23e Abs. 4 B-VG). Der Bundesrat kann somit in allen Angelegenheiten eine bindende Stellungnahme abgeben, in denen ihm auch im innerstaatlichen Rechtssetzungsprozess ein Zustimmungrecht zustehen würde.

2.2 Mitteilungen an EU-Organe

Der Bundesrat hat, wie der Nationalrat, die Möglichkeit, seinen Standpunkt zu Vorhaben der Europäischen Union durch sogenannte „Mitteilungen“ direkt an EU-Organe zu kommunizieren, wobei die Mitteilungen an jedes beliebige EU-Organ gerichtet werden können.

Durch dieses Mitwirkungsinstrument haben die nationalen Parlamente die Möglichkeit, sehr früh im Gesetzgebungsprozess auf Vorschläge der EU-Organe zu reagieren und im Kontext des politischen Dialogs ihre Anregungen einzubringen. Die Europäische Kommission übermittelt bereits vorlegislative Dokumente wie Grün- und Weißbücher an die nationalen Parlamente, um deren Standpunkte einzuholen. Die Reaktionen auf diese Konsultationsdokumente werden von der Europäischen Kommission berücksichtigt und fließen in den abschließenden Vorschlag an das Europäische Parlament und den Rat ein.

³ In der Bundesverfassung nicht näher erläutert.

2.3 Die Subsidiaritätsrüge

Mit dem parlamentarischen Frühwarnmechanismus des Lissabon-Vertrages wurde den nationalen Parlamenten erstmals ein Mechanismus zur Verfügung gestellt, der die Einflussnahme auf europäische Legislativvorschläge bereits vor der endgültigen Beschlussfassung ermöglicht.

Nach Artikel 4 des Subsidiaritätsprotokolls ist die Europäische Kommission dazu verpflichtet, ihre Entwürfe für Gesetzgebungsakte den nationalstaatlichen Parlamenten zum gleichen Zeitpunkt wie dem Unionsgesetzgeber weiterzuleiten. Dies gilt auch für andere EU-Organe, die einen Gesetzesentwurf einbringen.

Ist ein Gesetzesentwurf nach dem Erachten eines nationalen Parlaments nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar, kann eine begründete Stellungnahme an die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission verabschiedet werden. Darin formuliert das nationale Parlament, oder eine Kammer des Parlaments, die jeweiligen Gründe und Bedenken, warum der Gesetzesentwurf nach ihrer Einschätzung nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Die Frist für die Abgabe einer begründeten Stellungnahme, auch als Subsidiaritätsrüge bezeichnet, beträgt acht Wochen, gerechnet ab der Übermittlung des Gesetzesentwurfs in allen Sprachfassungen der Union.

Inwieweit die EU-Organe auf die Abgabe einer solchen Subsidiaritätsrüge reagieren müssen, hängt von der Anzahl der verabschiedeten begründeten Stellungnahmen ab. Jedes nationale Parlament besitzt zwei Stimmen, wobei in Zweikammersystemen jede der beiden Kammern über eine Stimme verfügt. In Österreich kann somit sowohl der Bundesrat als auch der Nationalrat Subsidiaritätsbedenken artikulieren.

Verfahren der gelben Karte

Wird ein Gesetzesentwurf von mindestens einem Drittel der Stimmen der nationalen Parlamente mit einer Subsidiaritätsrüge in Form einer begründeten Stellungnahme bedacht, muss der Entwurf vom jeweiligen Organ überprüft werden. Handelt es sich um einen Gesetzesvorschlag betreffend den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, beträgt die Schwelle ein Viertel der Stimmen.

Nach Abschluss der Überprüfung kann das EU-Organ, das den Entwurf vorgelegt hat, beschließen, den Entwurf abzuändern, ihn zurückzuziehen oder an ihm festzuhalten. Die Europäische Kommission, muss den jeweiligen Beschluss jedoch begründen

Verfahren der orangen Karte

Erreicht die Anzahl begründeter Stellungnahmen mindestens die einfache Mehrheit aller Stimmen der nationalen Parlamente, ist die Kommission dazu verpflichtet, den Gesetzesvorschlag zu prüfen.

Entschließt sich die Kommission nach Abschluss der Überprüfung, an dem Vorschlag festzuhalten, muss sie in einer begründeten Stellungnahme darlegen, weshalb der Vorschlag ihres Erachtens mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht. Diese begründete Stellungnahme der Kommission wird, zusammen mit den begründeten Stellungnahmen der nationalen Parlamente, dem Unionsgesetzgeber (Europäisches Parlament und der Rat) vorgelegt. Dieser überprüft vor Abschluss der ersten Lesung unter Berücksichtigung der begründeten Stellungnahmen, ob der Gesetzesvorschlag mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht oder nicht.

Sind 55 Prozent der Mitglieder des Rates oder eine Stimmenmehrheit im Europäischen Parlament der Ansicht, dass der Vorschlag nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht, wird der Gesetzgebungsvorschlag nicht weiter geprüft. Die nationalen Parlamente haben somit im Rahmen des Frühwarnmechanismus die Möglichkeit, einen Gesetzesvorschlag der Kommission mehrheitlich zu blockieren, die endgültige Entscheidung liegt jedoch bei den europäischen Rechtssetzungsbehörden.

Entschließt sich der österreichische Bundesrat beziehungsweise der EU-Ausschuss der Länderkammer zur Verabschiedung einer begründeten Stellungnahme, so hat er die Stellungnahmen der Landtage zu berücksichtigen. Nach der Beschlussfassung hat er die Landtage unverzüglich darüber zu informieren und muss ihnen wiederum Gelegenheit zur Stellungnahme geben.

2.4 Die Subsidiaritätsklage

Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon besitzt jedes nationalstaatliche Parlament, oder je nach Rechtsordnung auch dessen Kammer, die Befugnis, nach Annahme eines Gesetzgebungsaktes auf europäischer Ebene eine Subsidiaritätsklage beim Gerichtshof der Europäischen Union einzubringen. Dieser überprüft nachträglich, ob ein Gesetzgebungsakt gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt oder nicht.

In Österreich sieht Artikel 23h B-VG vor, dass sowohl der Nationalrat als auch der Bundesrat dazu befugt sind, eine Subsidiaritätsklage beim Gerichtshof der Europäischen Union zu erheben. Es ist dabei unerheblich, ob die Subsidiaritätsverletzung innerstaatlich Bundes- oder Landeskompentzen berührt.

Der Beschluss auf Erhebung einer Subsidiaritätsklage wird im Namen der jeweiligen Kammer durch das Bundeskanzleramt beim Europäischen Gerichtshof eingebracht. Für die Erhebung einer Subsidiaritätsklage gilt eine Frist von zwei Monaten ab dem Erlass des Gesetzgebungsaktes.

3. Zusammensetzung des österreichischen Bundesrates

Der österreichische Bundesrat hat derzeit 61 Mitglieder, welche von den Landtagen, entsprechend der Bevölkerungsstärke ihres Bundeslandes, entsendet werden. Die Kreation des Bundesrates erfolgt somit im Hinblick auf die Bevölkerung indirekt. Das Land mit der größten Bürgerzahl nominiert zwölf Mitglieder und jedes andere Land so viele, wie es dem Verhältnis seiner Bürgerzahl zur Bürgerzahl des größten Bundeslandes entspricht. Die proportionale Besetzung der zweiten Kammer ist insofern eingeschränkt, da jedem Land die Vertretung durch zumindest drei Abgeordnete gebührt.

Der Bundesrat hat keine festgeschriebene Mitgliederzahl, da die Anzahl der von jedem Land zu entsendenden Mitglieder nach jeder allgemeinen Volkszählung vom Bundespräsidenten festgesetzt wird.

Die Bundesräte werden von den Landtagen für die Dauer ihrer Gesetzgebungsperiode nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt, wobei mindestens ein Mandat der zweitstärksten Partei zufallen muss. Haben mehrere Parteien die gleiche Anzahl an Sitzen, entscheidet die Zahl der Wählerstimmen bei der letzten Landtagswahl oder letztendlich das Los.

Nach jeder Landtagswahl wird der Bundesrat partial erneuert, weshalb es keine Gesetzgebungsperiode im engeren Sinn gibt. Der Bundesrat tagt somit „in Permanenz“.

Der Vorsitz des Bundesrates wechselt halbjährlich in alphabetischer Reihenfolge. Als Vorsitzende/r – also Präsident/in – fungiert dabei der/die an erster Stelle entsendete Vertreter/in des zum Vorsitz berufenen Landes – also der stärksten Partei im Landtag. Jedoch kann der Landtag unter bestimmten Voraussetzungen beschließen, dass der Vorsitz von einem anderen Vertreter dieser Partei geführt werden soll.

Neben dem Präsidium spielen vor allem die Ausschüsse des Bundesrates in der interparlamentarischen Aufgabenverteilung eine wichtige Rolle. So geht der Beschlussfassung im Plenum grundsätzlich immer die Vorberatung in einem Ausschuss voran. Damit wird sichergestellt, dass die auf bestimmte Materien spezialisierten Mitglieder des Bundesrates in einem kleineren Kreis offene Sachfragen beraten und verhandeln können.

Neben Fachausschüssen, die für jeden größeren Sachbereich gewählt werden, gibt es noch Ausschüsse, denen spezifische parlamentarische Aufgaben zugewiesen sind. Zu diesem Typ von Ausschuss zählt auch der EU-Ausschuss des Bundesrates, welcher die Mitwirkungsrechte des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union wahrnimmt.

Nach den Ausschussberatungen ist die endgültige Beschlussfassung dem Plenum des Bundesrates vorbehalten. Das Abstimmungsergebnis weicht jedoch nur selten vom Resultat in den jeweiligen Ausschüssen ab, da die Zusammensetzung der Ausschüsse nach Fraktionen die Mehrheitsverhältnisse des Plenums verkleinert widerspiegelt.

Nach Ablauf der Gesetzgebungsperiode eines Landtages, oder nach dessen Auflösung, bleiben die Mitglieder des Bundesrates so lange in Funktion, bis der neue Landtag die Wahl in den Bundesrat vorgenommen hat.

Mitglieder des Bundesrates müssen zum Landtag, der sie entsendet, wählbar sein, diesem aber nicht angehören. Außerdem ist für jeden Bundesrat/jede Bundesrätin ein Ersatz namhaft zu machen, wenn der betreffende Bundesrat/Bundesrätin durch Tod, Verlust oder Verzicht des Mandats ausscheidet.

Die derzeitige Mandatsverteilung des österreichischen Bundesrates nach Parteien sieht wie folgt aus:

PARTEI	ANZAHL DER MANDATE
ÖVP	25
SPÖ	18
FPÖ	11
GRÜNE	6
NEOS	1

Tabelle 1: Mandatsverteilung des österreichischen Bundesrates nach Parteien (Stand: April 2023)

Die einzelnen Bundesländer sind durch folgende Anzahl an Bundesräten im Bundesrat vertreten:

BUNDESLAND	ANZAHL DER BUNDESRÄTE
NIEDERÖSTERREICH	12
WIEN	11
OBERÖSTERREICH	10
STEIERMARK	9
TIROL	5
KÄRNTEN	4
SALZBURG	4
BURGENLAND	3
VORARLBERG	3

Tabelle 2: Auflistung der Anzahl der Bundesräte pro Bundesland

4. Mandatare

Dr. Andrea Eder-Gitschthaler



© Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

Geb.: 13.09.1961, Vöcklabruck (Oberösterreich)

Beruf: Versicherungsangestellte

POLITISCHE MANDATE

- Präsidentin des Bundesrates
01.07.2020 – 31.12.2020
- Vizepräsidentin des Bundesrates
14.01.2020 – 30.06.2020
- Mitglied des Bundesrates, ÖVP
01.10.2017 –
- Abgeordnete zum Nationalrat (XXIII. GP), ÖVP
30.10.2006 – 27.10.2008

POLITISCHE FUNKTIONEN

- Mitglied des Bundespräsidiums des Österreichischen Seniorenbundes seit 2019
- Mitglied der Landesvorstandes des Salzburg Seniorenbundes seit 2010
- Mitglied des Bezirksvorstandes der Österreichischen Frauenbewegung (ÖFB) Salzburg-Umgebung
- Mitglied des Landesvorstandes der Österreichischen Frauenbewegung (ÖFB) Salzburg seit 2011
- Bezirksobfrau des Seniorenbundes Salzburg-Umgebung seit 2016
- Landesobfrau-Stellvertreterin des Seniorenbundes Salzburg seit 2016
- Mitglied des Gemeinderates der Marktgemeinde Wals-Siezenheim 1999–2014

- Mitglied des Landesparteivorstandes der ÖVP Salzburg
- Mitglied des Bezirksparteivorstandes der ÖVP Salzburg-Umgebung seit 2006
- Mitglied des Salzburger Landesvorstandes des Österreichischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbundes (ÖAAB) seit 2003
- Mitglied des Bezirksvorstandes des Österreichischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbundes (ÖAAB) Salzburg-Umgebung seit 2003

AUSSCHÜSSE

Vorsitzende

- Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur des Bundesrates (23.11.2021–)

Stellvertretende Ausschussvorsitzende

- Unterrichtsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

Mitglied

- Ständiger gemeinsamer Ausschuss im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 vom Bundesrat entsendet (28.01.2021–)
- Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz des Bundesrates (23.10.2021–)
- Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur des Bundesrates (23.11.2021–)
- EU-Ausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Geschäftsordnungsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Unterrichtsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

Ersatzmitglied

- Ausschuss für Familie und Jugend des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Verfassung und Föderalismus des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Verkehr des Bundesrates (23.11.2021–)
- Gesundheitsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Kinderrechteausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Unvereinbarkeitsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

REDEN IN PLENARSITZUNGEN

© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

<u>949. Sitzung</u> <u>(21.12.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Arbeitsmarktservicegesetz	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>948. Sitzung</u> <u>(20.12.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Kriegsopferversorgungsgesetz 1957, Opferfürsorgegesetz, Impfschadengesetz, Verbrechenopfergesetz und Heimopferrentengesetz	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>947. Sitzung</u> <u>(30.11.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Buchpreisbindungsgesetz 2023 – BPrBG 2023	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>946. Sitzung</u> <u>(20.10.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz u.a.	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>945. Sitzung</u> <u>(06.10.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Bundesgesetz über Genehmigungen im Zusammenhang mit Sanktionsmaßnahmen in Angelegenheiten des öffentlichen Auftragswesens	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>944. Sitzung</u> <u>(14.07.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Finanzausgleichsgesetz 2017 und Bildungsinvestitionsgesetz	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>943. Sitzung</u> <u>(13.07.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Bundesministeriengesetz-Novelle 2022	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>942. Sitzung</u> <u>(29.06.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Bundesministeriengesetz-Novelle 2022	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>

<u>941. Sitzung</u> <u>(02.06.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Aktuelle Stunde Bundesministerin für Justiz "Menschenrechts- und Umweltverbrechen in Lieferketten: Verantwortlichkeit für Konzerne im Europäischen Zivil- und Strafrecht"	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>940. Sitzung</u> <u>(12.05.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	40. KFG-Novelle	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>939. Sitzung</u> <u>(07.04.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Innovationsstiftung-Bildung-Gesetz	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>938. Sitzung</u> <u>(09.03.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Hospiz- und Palliativfondsgesetz – HosPalFG	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>937. Sitzung</u> <u>(03.02.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Aktuelle Stunde Bundeskanzler "Sofortmaßnahmen gegen die Teuerung"	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>

David Egger-Kranzinger



© Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

Geb.: 07.03.1987, Oberndorf bei Salzburg (Salzburg)

Beruf: Mitglied des Bundesrates

POLITISCHE MANDATE

- Mitglied des Bundesrates, SPÖ
08.07.2020 –

POLITISCHE FUNKTIONEN

- Vizebürgermeister der Stadtgemeinde Neumarkt am Wallersee seit 4.4.2019

- Mitglied der Gemeindevertretung der Stadtgemeinde Neumarkt am Wallersee 2014–2019

AUSSCHÜSSE

Stellvertretender Ausschussvorsitzender

- Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates (23.11.2021–)
- Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

Schriftführer

- Unterrichtsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

Mitglied

- Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Familie und Jugend des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für innere Angelegenheiten des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates (23.11.2021–)
- Gesundheitsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Unterrichtsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

Ersatzmitglied

- Ständiger gemeinsamer Ausschuss im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 vom Bundesrat entsendet (28.01.2021–)
- Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft (23.11.2021–)
- Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Wissenschaft und Forschung des Bundesrates (23.11.2021–)
- Finanzausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Kinderrechteausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Unvereinbarkeitsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

REDEN IN PLENARSITZUNGEN

© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

<u>948. Sitzung</u> <u>(20.12.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Dringliche Anfrage Bundeskanzler "Einführung eines Gas- und Strompreisdeckels - wann ist es endlich soweit, Herr Bundeskanzler?" (4064/J-BR/2022)	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>946. Sitzung</u> <u>(20.10.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Dringliche Anfrage Bundesminister für Finanzen Daseinsvorsorge in Gefahr - Herr Finanzminister, was tun Sie für die Städte und Gemeinden in der Teuerungskrise? (4040/J-BR/2022)	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>946. Sitzung</u> <u>(20.10.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Teuerungs-Entlastungspaket Teil II	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>944. Sitzung</u> <u>(14.07.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Aktuelle Stunde Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz "Tierschutzstandards verbessern, Tierhaltung zukunftsfest gestalten"	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>942. Sitzung</u> <u>(29.06.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Teuerungs-Entlastungspaket	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>940. Sitzung</u> <u>(12.05.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Dringliche Anfrage Bundesminister für Finanzen "Kostenlawine stoppen - Entlastung für Österreich"	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>940. Sitzung</u> <u>(12.05.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	EU-Berufsanerkennungsgesetz-Gesundheitsberufe 2022 – EU-BAG-GB 2022	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>937. Sitzung</u> <u>(03.02.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Erklärung Landeshauptmann von Vorarlberg "Gemeinsam in Verantwortung"	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>

Silvester Gfrerer



© Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

Geb.: 15.09.1959, Großarl (Salzburg)

Beruf: Landwirt

POLITISCHE MANDATE

- Mitglied des Bundesrates, ÖVP
13.06.2018 –

POLITISCHE FUNKTIONEN

- Mitglied des Landespartei Vorstandes der ÖVP Salzburg seit 2018
- Mitglied des Bezirksparteipräsidiums der ÖVP Pongau
- Mitglied des Gemeindepartei Vorstandes der ÖVP
- Bezirksobermann des Bauernbundes Sankt Johann im Pongau seit 2009
- Obermann der Bezirksbauernkammer Pongau seit 2010

AUSSCHÜSSE

Schriftführer

- Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Verkehr des Bundesrates (23.11.2021–)

Mitglied

- Ausschuss für innere Angelegenheiten des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Verfassung und Föderalismus des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Verkehr des Bundesrates (23.11.2021–)

- Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Umweltausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Unvereinbarkeitsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

Ersatzmitglied

- Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz des Bundesrates (23.10.2021–)
- Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft (23.11.2021–)
- Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Wissenschaft und Forschung des Bundesrates (23.11.2021–)
- Gleichbehandlungsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Justizausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Kinderrechteausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Wirtschaftsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

REDEN IN PLENARSITZUNGEN



© Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

946. Sitzung
(20.10.2022) des
Bundesrats Dringliche Anfrage Bundesminister für Inneres "Land unter" in der Migrationskrise (4041/J-BR/2022) [Protokoll](#) [Abspielen](#)
944. Sitzung
(14.07.2022) des
Bundesrats Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a B-VG, mit der insbesondere eine Erhöhung ausgewählter Kostenhöchstsätze des Art. 9 der Grundversorgungsvereinbarung sowie eine Erstversorgungspauschale festgelegt wird [Protokoll](#) [Abspielen](#)

944. Sitzung

(14.07.2022) des 33. StVO-Novelle
Bundesrats

Protokoll Abspielen

942. Sitzung

(29.06.2022) des Staatsbürgerschaftsgesetz 1985, Niederlassungs- und
Bundesrats Aufenthaltsgesetz, u.a.

Protokoll Abspielen

941. Sitzung

(02.06.2022) des Marktordnungsgesetz 2007, Landwirtschaftsgesetz und AMA-
Bundesrats Gesetz

Protokoll Abspielen

939. Sitzung

(07.04.2022) des Staatsbürgerschaftsgesetz 1985
Bundesrats

Protokoll Abspielen

938. Sitzung

(09.03.2022) des Umweltförderungsgesetz
Bundesrats

Protokoll Abspielen

Marlies Steiner-Wieser



© Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

Geb.: 23.06.1963, Salzburg

Beruf: Sachbearbeiterin

POLITISCHE MANDATE

- Mitglied des Bundesrates, FPÖ
13.06.2018 –

POLITISCHE FUNKTIONEN

- Abgeordnete zum Salzburger Landtag 2013–2018
- Mitglied des Gemeinderates der Landeshauptstadt Salzburg 1999–2004

- Mitglied der Bundesparteileitung der FPÖ seit 2013
- Mitglied der Landesparteileitung der FPÖ Salzburg seit 1999
- Delegierte zum Bundesparteitag
- Landesparteiobfrau-Stellvertreterin der FPÖ Salzburg seit 2016
- Mitglied des Landesparteivorstandes der FPÖ Salzburg seit 2005
- Bezirksparteiobmann-Stellvertreterin der FPÖ Salzburg seit 2010
- Mitglied der Bezirksparteileitung der FPÖ Salzburg seit 1998
- Ortsparteiobfrau der Ortsgruppe Taxham seit 1998
- Mitglied des Bundesvorstandes des Österreichischen Seniorenrings seit 2017
- Landesobfrau des Salzburger Seniorenrings seit 2016
- Mitglied des Salzburger Kollegiums des Landesschulrates 2002–2004
- Mitglied des Kollegiums des Bezirksschulrates von Salzburg 1997–2004

AUSSCHÜSSE

Schriftführerin

- Ausschuss für Familie und Jugend des Bundesrates (23.11.2021–)

Mitglied

- Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz des Bundesrates (23.10.2021–)
- Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Familie und Jugend des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates (23.11.2021–)
- Gesundheitsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Gleichbehandlungsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

Ersatzmitglied

- Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Verfassung und Föderalismus des Bundesrates (23.11.2021–)
- Geschäftsordnungsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Justizausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Kinderrechteausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Umweltausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Unterrichtsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

- Unvereinbarkeitsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Wirtschaftsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

REDEN IN PLENARSITZUNGEN



© Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

949. Sitzung
(21.12.2022) des Staatsbürgerschaftsgesetz 1985, Niederlassungs- und
Bundesrats Aufenthaltsgesetz, BFA-Verfahrensgesetz und Asylgesetz 2005 [Protokoll](#) [Abspielen](#)
949. Sitzung
(21.12.2022) des Familienlastenausgleichsgesetz 1967 [Protokoll](#) [Abspielen](#)
Bundesrats
948. Sitzung Dringliche Anfrage Bundesminister für Soziales, Gesundheit,
(20.12.2022) des Pflege und Konsumentenschutz "Türkis-Grün zerstört das
Bundesrats österreichische Gesundheitssystem" (4065/J-BR/2022) [Protokoll](#) [Abspielen](#)
948. Sitzung
(20.12.2022) des Fachzahnarzt-Kieferorthopädie-Gesetz – FZA-KFO-G [Protokoll](#) [Abspielen](#)
Bundesrats
947. Sitzung
(30.11.2022) des Dringliche Anfrage Bundeskanzler "Lösen Sie endlich die
Bundesrats Krisen im eigenen Land, Herr Nehammer!" (4062/J-BR/2022) [Protokoll](#) [Abspielen](#)
947. Sitzung
(30.11.2022) des Epidemiegesetz 1950 [Protokoll](#) [Abspielen](#)
Bundesrats
946. Sitzung
(20.10.2022) des Urlaubsgesetz, Landarbeitsgesetz 2021, u. a. [Protokoll](#) [Abspielen](#)
Bundesrats

<u>946. Sitzung</u> <u>(20.10.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Teuerungs-Entlastungspaket III	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>946. Sitzung</u> <u>(20.10.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz u.a.	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>946. Sitzung</u> <u>(20.10.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Dringliche Anfrage Bundesminister für Inneres "Land unter" in der Migrationskrise (4041/J-BR/2022)	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>945. Sitzung</u> <u>(06.10.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Kinderbetreuungsgeldgesetz	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>945. Sitzung</u> <u>(06.10.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Kinderbetreuungsgeldgesetz	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>944. Sitzung</u> <u>(14.07.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Aktuelle Stunde Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz "Tierschutzstandards verbessern, Tierhaltung zukunftsfest gestalten"	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>944. Sitzung</u> <u>(14.07.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Familienlastenausgleichsgesetz 1967 und Einkommensteuergesetz 1988	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>944. Sitzung</u> <u>(14.07.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	GuKG-Novelle 2022	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>942. Sitzung</u> <u>(29.06.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Teuerungs-Entlastungspaket	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>942. Sitzung</u> <u>(29.06.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Schulorganisationsgesetz, Schulunterrichtsgesetz, Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge u.a. Ges.	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>940. Sitzung</u> <u>(12.05.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Dringliche Anfrage Bundesminister für Finanzen "Kostenlawine stoppen - Entlastung für Österreich"	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>940. Sitzung</u> <u>(12.05.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Dringliche Anfrage Bundesminister für Soziales, Pflege und Konsumentenschutz "Versorgungskrise im Gesundheits- und Langzeitpflegebereich"	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>
<u>939. Sitzung</u> <u>(07.04.2022) des</u> <u>Bundesrats</u>	Familienlastenausgleichsgesetz 1967	<u>Protokoll</u> <u>Abspielen</u>

938. Sitzung
(09.03.2022) des
Bundesrats Bericht der Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien betreffend Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2022 und zum 18-Monatsprogramm des Rates für 2022/2023 gemäß Art. 23f Abs. 2 B-VG iVm § 7 EU-InfoG [Protokoll](#) [Abspielen](#)
938. Sitzung
(09.03.2022) des
Bundesrats Bericht der Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien betreffend Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2022 und zum 18-Monatsprogramm des Rates für 2022/2023 gemäß Art. 23f Abs. 2 B-VG iVm § 7 EU-InfoG [Protokoll](#) [Abspielen](#)
938. Sitzung
(09.03.2022) des
Bundesrats Aktuelle Stunde Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien "Empowerment - Stärkung von Mädchen und Frauen in Österreich" [Protokoll](#) [Abspielen](#)
937. Sitzung
(03.02.2022) des
Bundesrats COVID-19-Impfpflichtgesetz – COVID-19-IG [Protokoll](#) [Abspielen](#)
937. Sitzung
(03.02.2022) des
Bundesrats Erklärung Landeshauptmann von Vorarlberg "Gemeinsam in Verantwortung" [Protokoll](#) [Abspielen](#)
937. Sitzung
(03.02.2022) des
Bundesrats COVID-19-Impfpflichtgesetz – COVID-19-IG [Protokoll](#) [Abspielen](#)
937. Sitzung
(03.02.2022) des
Bundesrats COVID-19-Impfpflichtgesetz – COVID-19-IG [Protokoll](#) [Abspielen](#)
937. Sitzung
(03.02.2022) des
Bundesrats COVID-19-Impfpflichtgesetz – COVID-19-IG [Protokoll](#) [Abspielen](#)

5. Vorarlberger Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2022



© Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Statement von Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs:

Mit der Präsidentschaft Vorarlbergs wurde der Schlusspunkt unter das Generalthema „Masterplan für den ländlichen Raum“ gesetzt, das sechs Präsidentschaften lang das Ziel verfolgte, mehr Chancengerechtigkeit für Österreichs ländliche Regionen zu schaffen. Der individuelle Schwerpunkt des Vorarlberger Ländervorsitzes lag auf der Zukunft dezentraler Lebensräume. In einer Enquete unter diesem Titel hat der Bundesrat die spezifischen Stärken und Schwächen unserer Regionen evaluiert und eruiert, wie wir unsere ländlichen Regionen fit für die Zukunft machen können. Die Länderkammer des Parlaments hat sich darüber hinaus mit aktuellen Herausforderungen am Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft beschäftigt, etwa mit dem Fachkräftemangel, der eine der großen Herausforderungen für unsere Zukunft ist.

In einem parlamentarischen Fachgespräch unter dem Titel „Die Zukunft von Wirtschaft und Arbeit“ haben wir uns mit Expert:innen über verstärkte Aus- und Weiterbildung, insbesondere im Bereich der Lehrlinge, ausgetauscht. Eine wesentliche Ursache für Abwanderung und Fachkräftemangel ist das unzureichende Angebot an Kinderbetreuung – ein Thema, dessen Lösung mir besonders am Herzen lag. Unzureichende Kinderbetreuung zwingt nämlich viele junge Familien dazu, aus den ländlichen in die städtischen Gebiete abzuwandern, und steht dem Wunsch, Familie und Beruf zu vereinbaren, im Wege.

Damit die aus der Enquete und dem Fachgespräch gewonnenen Erkenntnisse auch auf fruchtbaren Boden fallen und konkrete Schritte nach sich ziehen, habe ich mit 16 unserer Minister:innen und Staatssekretär:innen darüber gesprochen und bei ihnen unsere Anliegen deponiert.

Als Präsidentin des Bundesrates habe ich unsere Länderkammer im In- und Ausland repräsentiert, nicht nur gegenüber internationalen Vertreter:innen in Österreich, sondern auch bei Besuchen in den USA, in Indien, Warschau oder bei einem Besuch des ungarischen Parlamentspräsidenten und der neuen

Staatspräsidentin in Budapest, bei Onlinemeetings der europäischen Parlamentspräsident:innen oder in Slowenien beim Treffen der europäischen Parlamentspräsident:innen.

Der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine und Österreichs Eintreten für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in der Ukraine war bei all diesen Gesprächen ein wichtiges Thema. Es war mir ein großes Anliegen, mit vielen Menschen zusammenzukommen, um zu hören, wo es Probleme gibt und wo wir als Bundesrat in Zukunft etwas bewirken können. Ich habe mit Landtagspräsident:innen, Volksanwält:innen, Bezirkshauptleuten, Bürgermeister:innen, Vertreter:innen der Religionsgemeinschaften, Unternehmer:innen und Arbeitnehmer:innen gesprochen. Es war sehr bereichernd, mit so vielen Menschen verschiedener politischer Herkunft, unterschiedlicher Glaubensrichtungen und Kulturen zusammenzutreffen. Solche Begegnungen führen dazu, dass man seinen Standpunkt überdenkt, neue Überlegungen anstellt und sich neue Meinungen bildet. Genau darin liegt auch die Stärke des Bundesrates. Der halbjährliche Wechsel des Ländervorsitzes ist einer kontinuierlichen Politik zwar hinderlich, bringt aber mit jedem neuen Halbjahr neue Schwerpunkte, neue Betrachtungsweisen und neue Meinungen, mit denen sich die Länderkammer auseinandersetzt.

Es war mir eine große Freude, für mein Bundesland Vorarlberg den Vorsitz im Bundesrat führen zu dürfen. Ich danke allen herzlich, die mich dabei begleitet und unterstützt haben.

5.1 Vorarlberger Vorsitz im Bundesrat und der Landeshauptleutekonferenz



© Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

In seiner Erklärung vor dem Bundesrat anlässlich der Vorsitzübernahme Vorarlbergs trug der Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner seine Überlegungen zur Zukunft dezentraler Lebensräume vor und sprach sich für die Notwendigkeit einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern aus.

Wallner wies darauf hin, dass gleichwertige Lebensbedingungen in städtischen und ländlichen Regionen eine wesentliche Basis für den Erfolg darstellen. Der Landeshauptmann brach einmal mehr

eine Lanze für den Föderalismus und zitierte Studien, die den Produktionsfaktor mit guten Standortbedingungen und einer sozialen Balance, aber auch ein gutes Bildungssystem mit viel Chancengleichheit und hoher Forschungsquote und vor allem eine föderale Organisation als Erfolgsfaktoren für die erfolgreichsten Regionen in Europa nennen.

Die gemeinsame Verantwortung sei gerade in schwierigen Zeiten wesentlich, betonte Wallner und ging auf die aktuellen Herausforderungen durch die Pandemie und ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen ein. Es sei erforderlich, nicht nur gemeinsam den Weg aus der Pandemie herauszufinden, sondern vor allem auch Brücken zu schlagen. Wallner: „Das Miteinander macht uns stärker als das Gegeneinander“ Gerade im Pflegebereich zeige sich die Notwendigkeit föderaler Strukturen, hob Wallner hervor. Da sei der Zentralismus falsch am Platz, vielmehr brauche es die Gemeinden und den Nahraum, um mobile Dienste sicherzustellen und die Hauskrankenpflege zu unterstützen. Dafür benötige man auch entsprechende Freiräume, selbstverständlich unter Beachtung hoher Standards. Bund und Länder hätten im Hintergrund für die Finanzierung zu sorgen. Auch im Bereich der Elementarpädagogik stellte Wallner Handlungsbedarf fest, wobei ein besonderes Augenmerk auf die Qualität der Betreuung, die Ausweitung des Betreuungsangebots und eine frühsprachliche Förderung zu legen sei. Diese sei nämlich entscheidend für eine gelungene Integration von Kindern mit Migrationshintergrund.

Zentrale Themen seines Vorsitzes seien zudem Energie und Klimaschutz, betonte Wallner. Er sprach die Preisexplosion bei der Energie an und warnte davor, die Energiewende zu einem Programm für Privilegierte zu machen. Ein Erreichen der Klimaziele sei nur möglich, wenn die Bevölkerung mitgehe, die Maßnahmen sozial ausgewogen seien und eine soziale Balance hergestellt werde, unterstrich er. In der anschließenden Debatte gingen die Redner:innen der Fraktionen ausführlich auf die Erklärung des Vorarlberger Landeshauptmanns ein. Die ÖVP hob die Erfolge Vorarlbergs hervor und wies darauf hin, dass das Land zu den stärksten Wirtschaftsregionen zähle. Während die SPÖ vor allem auf Maßnahmen für leistbares Wohnen drängte, rückte die FPÖ die Pflege in den Fokus und übte Kritik an der Pandemiepolitik der Koalition. Die Grünen gingen besonders auf die Klimakrise ein und forderten mehr Zusammenarbeit im Hinblick auf eine mutige Energiewende ein.

5.2 Bundesrat im Bundesland mit Besuch in Lichtenstein“



© Vorarlberger Landtag

Im Rahmen von „Bundesrat im Bundesland“ war der Bundesrat im Mai 2022 in Vorarlberg zu Gast. Im Anschluss wurden die Mitglieder der Länderkammer im Liechtensteiner Landtagsgebäude empfangen. Landtagspräsident Harald Sonderegger begrüßte die rund zwanzig Bundesrät:innen in den Räumlichkeiten des Vorarlberger Landtages in Bregenz. Landesstadthalterin Barbara Schöbi-Fink, Landesrätin Katharina Wiesflecker und Landesrat Christan Gantner informierten die Mitglieder des Bundesrates im Beisein mehrerer Klubobleute über aktuelle Initiativen und Projekte der Landespolitik.

Insbesondere zu den Themen Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz, duale Lehrlingsausbildung und nachhaltige Tourismusstrategien fand ein reger Austausch statt. „Für die Bundesrätinnen und Bundesräte ist es wichtig, sich einmal pro Halbjahr im Rahmen des ‚Bundesrates im Bundesland‘ vor Ort über die föderalen Projekte des vorsitzführenden Bundeslandes zu informieren. Die Erkenntnisse nehmen wir mit nach Wien und lassen sie in unsere parlamentarische Arbeit einfließen“, hielt Schwarz-Fuchs fest. Landtagspräsident Sonderegger betonte die Wichtigkeit dessen, dass sich der Bundesrat vor Ort und aus erster Hand informiert: „Politik bedeutet, da zu sein für die Menschen und aufzunehmen, was sie brauchen, was sie sagen wollen. Unseren Bundesrätinnen und Bundesräten kommt sozusagen als ‚Verbindungsfrau bzw. Verbindungsmann‘, die Verantwortung zu, die Anliegen der Vorarlberger Bevölkerung in Wien zu vertreten.“ Im Anschluss empfing Landtagspräsident Albert Frick die Bundesrätinnen und Bundesräte im Landtagsgebäude in Liechtenstein. Einem Arbeitsgespräch mit Abgeordneten folgte eine Führung durch das Landtagsgebäude.

5.3 Enquete: Die Zukunft dezentraler Lebensräume



© Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

In einer parlamentarischen Enquete des Bundesrates beleuchteten am 1. Juni 2022 Expert:innen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft Herausforderungen und Zukunftsstrategien der ländlichen Regionen in Österreich.

Zur Debatte hatte Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs hochrangige Politiker:innen sowie namhafte Expert:innen aus dem In- und Ausland eingeladen. Als Keynotespeaker:innen referierten der ehemalige EU-Agrarkommissar Franz Fischler, Arbeitsminister Martin Kocher sowie Klimaschutz- und Energieministerin Leonore Gewessler über sozial gerechte und umweltverträgliche Möglichkeiten zur Stärkung der Regionen. In drei Panels gaben die geladenen Expert:innen Einblicke in Problemstellungen und Lösungsvorschläge zur Wohlstandssicherung abseits der Ballungszentren. Unter den Redner:innen waren etwa der burgenländische Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, der

Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung Gabriel Felbermayr und Professorin Sibylla Zech von der Technischen Universität Wien.

Die Fraktionsvorsitzenden des Bundesrates stellten ihre Sicht auf die Zukunft dezentraler Lebensräume in eigenen Statements dar. Mehrfach wurde der Bedarf an Breitbandverbindungen im ländlichen Raum angesprochen, aber auch auf die Themen Verkehr, Energie, Bildung und Frauenförderung Bezug genommen. Bundesratspräsidentin Schwarz-Fuchs zeigte sich in ihrer Rede überzeugt davon, dass die peripheren Regionen eine bessere Perspektive für die Zukunft brauchen. Vor allem die Abwanderung von jungen Frauen und Familien aus den ländlichen Gemeinden wirke sich negativ auf das gesamte Sozial- und Wirtschaftsgefüge aus.

Aus diesem Grund habe sie ebenso wie ihre Vorgängerinnen und Vorgänger den ländlichen Raum in den Fokus ihrer Präsidentschaft gestellt. Aus Sicht von Schwarz-Fuchs gibt es eine Reihe von entscheidenden Faktoren, die dazu beitragen könnten, die ländlichen Regionen zu beleben und positive Zukunftsperspektiven für die Bevölkerung vor Ort zu schaffen. Als Beispiele nannte sie die Bereitstellung einer qualitativ hochwertigen Elementarbildung sowie von ganztägigen Kinderbetreuungsangeboten, einen flächendeckenden Zugang zu Breitbandinternet, gute Verkehrsverbindungen sowie eine wohnortnahe ärztliche Versorgung. Die Bundesratspräsidentin gab auch zu bedenken, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu einem wichtigen Faktor im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte geworden sei.

Der Fachkräftemangel habe negative Auswirkungen auf die betroffenen Betriebe, Branchen und Regionen sowie auf den gesamten Standort Österreich. Als zielführende Maßnahmen dagegen werde von vielen Expert:innen eine verstärkte Aus- und Weiterbildung, insbesondere im Bereich der Lehrlinge, angeführt. Auch wenn das duale Ausbildungssystem in Österreich sehr anerkannt sei, brauche es noch Verbesserungen, vor allem in Bezug auf die frühkindliche Bildung, meinte Schwarz-Fuchs. Da es im Bereich der Elementarpädagogik aber auch einen Personalmangel gibt, seien innovative Ideen gefragt, wie etwa die Einführung einer Lehre für Assistenzkräfte analog zum Modell in der Pflege.

Eine große Chance liege zudem in der Förderung der grünen Technologien, die nicht nur im Sinne des Klimaschutzes wichtig seien, sondern auch zur Schaffung von vielen neuen und nachhaltigen Jobs in der Stadt und am Land beitragen können. Viele dieser Themen würden natürlich nicht nur die ländlichen Regionen betreffen, sondern auch die städtischen Gebiete. Es gehe daher nicht um eine Konkurrenz zwischen Stadt und Land, sondern um eine Kooperation im gemeinsamen Interesse und ein Miteinander auf Augenhöhe. Bildung, Ausbildung, Forschung und technologische Entwicklung würden schließlich allen Regionen Chancen für die Zukunft bieten, betonte die Bundesratspräsidentin.

6. Wiener Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2022



© Parlamentsdirektion / Bubu Dujmic

Der Vorsitz im Bundesrat ist mit 1. Juli turnusmäßig von Vorarlberg zum Bundesland Wien gewechselt. Korinna Schumann löste Christine Schwarz-Fuchs an der Spitze der Länderkammer ab. Die Wienerin ist Vize-Präsidentin und Bundesfrauenvorsitzende des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) und gehört dem Bundesrat seit Juni 2018 an. Seit 1989 arbeitet Schumann im Sozialministerium, in dem sie auch viele Jahre Vorsitzende der Personalvertretung war.

Als Ziel ihrer Präsidentschaft hat sich Schumann vorgenommen, das Thema „verlässliche öffentliche Strukturen als Basis des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ in den Fokus zu rücken. „Nach mehr als zwei Jahren Pandemie, den Auswirkungen des schrecklichen Angriffskrieges in der Ukraine, der Teuerung und der gleichzeitig stattfindenden Wandlungsprozesse, offenbart sich einmal mehr, wie wichtig verlässliche staatliche Strukturen sind“, führt sie aus.

Ebenso möchte sich Schumann im Rahmen des Europäischen Jahres der Jugend den Perspektiven in der Fachkräfteausbildung widmen. „Die duale Lehrausbildung ist ein österreichisches Vorzeigemodell für ganz Europa. Eine Kombination aus theoretischem Lernen in der Berufsschule und Praxis direkt im Betrieb macht die österreichischen Lehrlinge zu begehrten Fachkräften in ganz Europa. Gut ausgebaute öffentliche Strukturen – von Berufsberatung über Weiterbildung bis hin zu sozialpartnerschaftlicher Vertretung sind essenziell, um dieses Modell zu fördern, junge Menschen für einen Lehrberuf zu begeistern und so dem dramatischen Fachkräftemangel nachhaltig entgegenzuwirken“, so Schumann.

6.1 Wiener Vorsitz im Bundesrat und der Landeshauptleutekonferenz



© Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Der Zusammenhalt und das Miteinander von Städten, Gemeinden und ländlichen Regionen sei gerade angesichts aktueller Krisen von zentraler Bedeutung, betonte der Wiener Landeshauptmann und Bürgermeister Michael Ludwig heute im Bundesrat. Er gab anlässlich der Vorsitzübernahme Wiens in der Länderkammer und in der Landeshauptleutekonferenz eine Erklärung ab. Darin rief er auch einmal mehr zu gemeinsamen Maßnahmen gegen die Preissteigerungen auf und forderte einen Preisgipfel. In der anschließenden Debatte betonten die Mitglieder des Bundesrats großteils die gute Lebensqualität in Wien und drückten – ob gebürtige oder zugezogene Wiener:innen - ihre Liebe zur Stadt aus. Insbesondere Bundesrät:innen von ÖVP und FPÖ sprachen aber auch Probleme an und übten zum Teil massive Kritik an der Wiener Stadtregierung.

Ludwig: Stadt und Land nicht gegeneinander ausspielen

Der Föderalismus sei ein unverzichtbares Element der Republik Österreich, betonte der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig, der selbst Ende der 1990er-Jahre Mitglied des Bundesrats war. Die Tätigkeit über Bundesländer- und Fraktionsgrenzen hinweg habe den Bundesrat schon immer ausgezeichnet. Ludwig unterstrich den Schwerpunkt der neuen Bundesratspräsidentin Korinna Schumann "Verlässliche öffentliche Strukturen als Basis des gesellschaftlichen Zusammenhalts". Er werde diesen auch in seiner Position als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz unterstützen, denn der Zusammenhalt und das Miteinander von Städten, Gemeinden und ländlichen Regionen sei von zentraler Bedeutung, so Ludwig.

Er sprach sich insbesondere dagegen aus, Stadt und Land gegeneinander auszuspielen. Schließlich teile man in vielen Bereichen gemeinsame Herausforderungen und könne Lösungen am besten gemeinsam entwickeln. Besonders strich Ludwig die Landwirtschaft in Wien heraus. Er sei stolz, Bürgermeister einer Millionenstadt zu sein, in der 14% der Grundfläche landwirtschaftlich genutzt werde. Mit manchen Produkten, etwa mit Gurken, versorge Wien sogar andere Regionen. Dass man in der Stadt Gemüse direkt von den Landwirt:innen mit der Straßenbahn abholen könne, sei ein Zeichen hoher Lebensqualität.

Herausforderungen betonte er angesichts des Kriegs in der Ukraine und der hohen Inflation, aber auch in der Digitalisierung, im Bildungsbereich und in der Bewältigung des Klimawandels. Nicht zuletzt aufgrund dieser Herausforderungen habe er für seinen Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz das Motto "Entschlossen handeln, Zukunft sichern" gewählt. Die Politik müsse vorangehen und – wenn nötig – unpopuläre Entscheidungen treffen, um das Land durch die Krisen zu bringen. Ludwig rief etwa erneut zu einem Preisgipfel von Bund, Ländern, Städten, Gemeinden und Sozialpartnern auf. Es gelte, gemeinsam zu handeln und schnelle Hilfe zu leisten, sprach er sich etwa für ein gemeinsames Maßnahmenpaket zur Abfederung der Teuerung aus.

SPÖ: Wien will Heimat und Zukunft für alle Bewohner:innen bieten

Den aus Tirol nach Wien gezogenen Stefan Schennach (SPÖ/W) und die aus Vorarlberg zugewanderte Daniela Gruber-Pruner (SPÖ/W) verbinde eine Liebe für die Stadt, legte Schennach dar. Eine Stadt wie Wien müsse nichts geringeres leisten, als niemanden zurückzulassen - durch soziale Sicherheit, Integration, Arbeitsplätze, leistbares Wohnen und ein gutes Bildungsangebot. Pro Nacht würden die Menschen in Wien in rund 160 verschiedenen Sprachen träumen, so Schennach. Die Integrationsbemühungen seien deshalb ein wichtiger Bestandteil der Stadtpolitik. Zudem sei Wien "Öko-Musterstadt" und habe in der Corona-Pandemie wichtige Maßnahmen ergriffen.

Alle Menschen, die in Wien leben, seien Wienerinnen und Wiener, betonte Gruber-Pruner. Es werde nicht unterschieden, wo jemand herkomme. Es gehe immer darum, die Stadt so zu entwickeln, dass allen ein gutes Leben ermöglicht und eine Heimat geboten werde. Sie strich insbesondere die Angebote für Kinder und Jugendliche hervor und führte etwa die Kindergärten, die verschränkten Ganztagschulen nach dem Modell Bildungscampus, Sommercamps und Jugendzentren sowie das Projekt "Werkstatt junges Wien" an, bei dem Kinder und Jugendliche in der Politik mitbestimmen können. Gruber-Pruner zeigte sich auch der Herausforderungen in der Kinder- und Jugendgesundheit bewusst und betonte, dass die Stadt hier auf Ressourcen vom Bund angewiesen sei.

ÖVP: Wien lebenswerte Stadt mit Problemfeldern

Als Wienerin sei es für sie nachvollziehbar, dass die Stadt bereits zum wiederholten Male als lebenswerteste Stadt der Welt ernannt wurde, sagte Elisabeth Wolff (ÖVP/W). Mit dem U-Bahn-Netz, der Sauberkeit, dem Wasser, zahlreichen Freizeitmöglichkeiten, Events und Kulturangeboten sowie der Gastronomie und auch der Stadtlandwirtschaft gebe es tausende Facetten, die Wien so lebenswert und liebenswert machen. Leider sei es aber auch so, dass vieles für selbstverständlich erachtet werde. Besonders landwirtschaftlichen Betrieben werde durch Umwidmungen, Neubauten und Preissteigerungen bei der Energie das Leben unnötig schwergemacht, meinte Wolff. Die Bundesrätin appellierte zudem, den öffentlichen Verkehr insbesondere in den Randbezirken auszubauen.

Harald Himmer (ÖVP/W) erinnerte sich an seine gemeinsame Zeit mit dem jetzigen Bürgermeister Ludwig im Bundesrat zurück. Ludwig sei immer sachlich gewesen, so Himmer, der sich dies auch von seinen SPÖ-Kolleg:innen in der Länderkammer wünschte. Er warf den Sozialdemokrat:innen vor, in ihrer Oppositionsarbeit auf Bundesebene mit zweierlei Maß zu messen. Wien sei eine lebenswerte Stadt, es gebe aber auch Probleme. Himmer führte hier etwa Zuwanderung und Integration an.

Wohnen, Parken, Corona-Management: FPÖ kritisiert Wiener Stadtregierung

In eine ähnliche Kerbe schlug der Freiheitliche Johannes Hübner (FPÖ/W). Als Wiener liebe auch er die Stadt mit all ihren Facetten, sagte Hübner. Das sei aber kein Grund, jene Dinge zu verschweigen, die aus dem Ruder laufen. Entschlosseneres Handeln forderte er etwa im Zusammenhang mit der

Teuerung. Hübner kritisierte, dass die Erhöhung von Mieten und Energiepreisen in der Stadt hingenommen worden sei und nur Einmalzahlungen geleistet wurden. Probleme sah Hübner auch in der Zuwanderung und in den Corona-Maßnahmen.

Auch Andreas Arthur Spanring (FPÖ/N) übte Kritik. Es gebe in Wien zwar sehr lebenswerte Flecken, für "Normalbürger:innen" seien diese aber unleistbar. Alle Errungenschaften in Wien seien zudem der Politik der Vergangenheit zu verdanken und auf Schulden aufgebaut. In der Verkehrspolitik quäle man Autofahrer:innen mit Parkgebühren und wälze die Probleme auf Niederösterreich ab, bemängelte er. Spanring betonte, dass er kein "Wien-Bashing" betreibe und nicht die Stadt und ihre Bürger:innen kritisiere, sondern die "unverantwortliche und katastrophale Politik der SPÖ in Wien". Auch die Corona-Politik und das Mittragen der Sanktionen gegen Russland durch die Sozialdemokrat:innen auf Bundesebene verurteilte er.

Grüne sehen Verbesserungspotenzial bei Mobilität, Wohnen und öffentlichem Raum

Auch er sei ein Zuwanderer, der nach Wien gekommen sei, weil die Stadt so viel verspreche, sagte der gebürtige Niederländer Marco Schreuder (Grüne/W). Er sei stolz darauf, dass Wien so viele Möglichkeiten und Schutz biete, insbesondere aktuell für Frauen und Kinder aus der Ukraine. Wien sei auch Zufluchtsort für viele junge Menschen aus den Bundesländern, auch wegen Gemeinschaften wie der LGBTQ-Community. Gerade die junge Generation mache sich angesichts des Klimawandels aber auch große Sorgen, so Schreuder. Sie würden das Gefühl bekommen, dass in Mobilitätsfragen nach wie vor der Autoverkehr im Mittelpunkt stehe, sagte er etwa mit Blick auf die Auseinandersetzung rund um die Wiener Stadtautobahn. Schreuder sprach sich dafür aus, neue Mobilitätsformen in den Vordergrund zu stellen und so die Lebensqualität von Morgen zu sichern.

Elisabeth Kittl (Grüne/W) widmete sich vorrangig dem Thema Wohnen. Sie selbst habe lange in einem Gemeindebau gelebt und sei daher sehr dankbar, dass es diese Form des Wohnen gibt. Wien sei damit Vorbild für viele andere Städte. Dennoch würden die Wohnpreise massiv steigen, was Kittl unter anderem darauf zurückführte, dass Wohnungen als Wertanlagen gekauft werden und danach leer stehen. Die Leerstandsabgabe sei hier ein wichtiges Instrument. Außerdem appellierte Kittl dafür, Flächenwidmungen in die Kompetenz der Länder zu übertragen und bessere Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu schaffen. Der Bürgermeister solle wie im Corona-Management auch hier mit mutigen und radikalen Maßnahmen vorangehen, lautete ihre Forderung.

NEOS betonen pinken Anteil der Stadtregierung

Der Wiener NEOS-Bundesrat Karl-Arthur Arlamovsky zeigte sich überzeugt, dass es positiv für die Stadt sei, dass die NEOS Bestandteil der "Wiener Fortschrittskoalition" seien. Das merke man etwa an den Investitionen in Kindergärten und das Bildungssystem. Unternehmer:innen würden unter anderem durch die Abschaffung von Gebrauchsabgaben wie der Luftsteuer entlastet und durch Förderungen für Selbstständige unterstützt. Für ein klimaneutrales Wien 2040 gebe es einen Klimafahrplan und ein entsprechendes Budget. Auch Fortschritte in der Transparenz und im Petitionsrecht führte Arlamovsky auf die pinke Regierungsbeteiligung zurück.

6.2 Enquete „Verlässliche öffentliche Strukturen als Basis gesellschaftlichen Zusammenhalt“



© Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

"Verlässliche öffentliche Strukturen als Basis des gesellschaftlichen Zusammenhalts" hatte die Enquete des Bundesrats als zentrales Thema (siehe auch [Parlamentskorrespondenz Nr. 1366/2022](#)). Im zweiten Teil stand das Panel unter dem Titel "Die Bedeutung der Daseinsvorsorge als verlässlicher Partner in unserem Alltag" auf dem Programm. Anschließend brachten die Fraktionsvorsitzenden des Bundesrats und Teilnehmer:innen der Enquete ihre Statements dazu ein.

Bundesratspräsidentin Korinna Schumann bedankte sich in ihren Schlussworten für die umfassende Diskussion im Rahmen der Enquete. Konsens sei in jenem Punkt erzielt worden, wie bedeutend die Leistungen des Sozialstaats und der Daseinsvorsorge seien. Außerdem müssten die großen Transformationsprozesse so gestaltet werden, dass niemand zurückgelassen wird.

Panel zur Bedeutung der Daseinsvorsorge

Ob Strom, Wasser, öffentliche Verkehrsmittel oder Betreuungseinrichtungen, die Beschäftigten in der kommunalen Daseinsvorsorge leisten Großartiges, betonte Christian Meidlinger, Vorsitzender der Gewerkschaft yunion. Sowohl beim Gehalt, als auch in der Sprache müsse sich diese Wertschätzung niederschlagen. Nachholbedarf ortet er beim Thema Ausstattung, aber auch beim Mangel an Pflegepersonal oder beim Betreuungsschlüssel in den Kindergärten. Personalmangel sei insgesamt auf die demografische Entwicklung mit Ruheständen zurückzuführen, meinte er, wobei der Wissenstransfer ein großes Thema sei. Was die Klimakrise betrifft, zeigte sich Meidlinger überzeugt, dass bei der Dekarbonisierung auch den Gemeinden eine starke Rolle zukommen müsse.

Der Begriff Daseinsvorsorge umfasse die staatliche Aufgabe zur Bereitstellung von Grundversorgung, erläuterte Nationalratsabgeordneter und Bürgermeister Andreas Kollross (SPÖ) in seiner Funktion als Bundesvorsitzender des Sozialdemokratischen Gemeindevertreter:innenverbandes Österreich (GVV Österreich). Als epochales Meisterwerk der Daseinsvorsorge bezeichnete er die Wiener Wasserleitung, mit deren Errichtung vor fast 150 Jahren letztlich die Cholera bezwungen worden sei. Jede technologische Entwicklung stelle auch neue Fragen in der Daseinsvorsorge, nannte er etwa das Thema Glasfaserausbau oder die Energiewende. Eine ebenso klassische Frage der Daseinsvorsorge stelle die

Kinderbetreuung dar. Als Bürgermeister kritisiere er, dass zu den zusätzlichen Aufgaben der Gemeinden nicht die Finanzmittel gekommen seien, um diese zu bewältigen. Kollross bemängelte außerdem eine Ausdünnung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum und sprach sich darüber hinaus für einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung aus.

Nationalratsabgeordneter Erwin Angerer (FPÖ) wies auch als Bürgermeister auf die vielzähligen Aufgaben der Gemeinden zur täglichen Daseinsvorsorge hin. So umfasse dies von der WC-Abwasseranlage über den Gemeindegarten und die Schneeräumung bis hin zum Glasfaseranschluss etwa den Hort, das Pflegeheim, aber auch das sportliche und kulturelle Vereinsleben. Kritisch sieht Angerer etwa, dass noch nicht ermöglicht worden sei, dass auch andere Fahrgäste den Schulbus nutzen dürfen. Ähnlich wie Kollross sieht auch er die Herausforderungen und Ausgaben für die Gemeinden steigen. Einnahmenseitig ortet Angerer ein Problem aufgrund der Wirtschaftskrise, aber auch durch die Abschaffung der kalten Progression. Es gelte, hier die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

Doris Anzengruber teilte ihre Beobachtungen als Leiterin der Caritas Sozialberatung in Wien. Die Zahl der Menschen, die sich in finanzieller und sozialer Not befinden, nehme dramatisch zu. Sie sehe zu viele Menschen vor der Frage, ob sie für Essen oder Heizen Geld ausgeben können. Mehr als jeder dritte Haushalt könne die Durchschnittsausgaben nicht decken, viele Menschen würden sich das erste Mal an die Sozialberatung wenden, so Anzengruber. So seien nunmehr in den Wärmestuben Kinderspielecken eingerichtet worden, weil auch immer mehr Familien dorthin kommen würden. Armut und Armutsgefährdung erreiche eine neue Dimension und dränge immer mehr in die Mittelschicht vor. Eine Umfrage habe ihr zufolge bestätigt, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung besorgt sei, die Wohnung im Winter nicht warm halten zu können. Die Strompreisbremse als Maßnahme ist aus Sicht von Anzengruber wichtig. Es müsse aber, gekoppelt mit Energieeffizienzmaßnahmen, auch etwas für die Wärme getan werden - etwa auch ein Abschaltstopp, damit Menschen ihre Verträge nicht verlieren. Darüber hinaus brauche es eine Erhöhung der Sozialhilfe und eine Reform des Arbeitslosengelds.

Monika Köppl-Turyna, Direktorin von EcoAustria, hob die zentrale Rolle der Elementarpädagogik im Bildungssystem als Teil der Daseinsvorsorge hervor. In Österreich gebe es hier eine unzufriedenstellende Situation. Etwa sei das Ausmaß der Betreuung in Vollzeit in Österreich im EU-Schnitt besonders niedrig. Der Aspekt wäre aber ihr zufolge sowohl für die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen, als auch für die Bildung der Kinder besonders wichtig. Es gelte aus ihrer Sicht nach wie vor, in diesen Bereich zu investieren. Was den Finanzausgleich betrifft, brauche es Köppl-Turyna zufolge eine grundlegende Reform, um die kommunalen Finanzen auf Dauer auf festere Beine zu stellen, also einen Finanzausgleich, mit dem die Daseinsvorsorge treffsicher unterstützt werden kann.

Statements von Mandatar:innen zu vielschichtigen Themen

In seinem Statement hob etwa ÖVP-Bundesrat Harald Himmer die stabilisierenden Maßnahmen der Bundesregierung in den Krisen hervor. Auch jede einzelne Gemeinde habe ihren Beitrag geleistet. Was die Umverteilung an die Ärmsten betrifft, würde sich jeder dazu bekennen. Es dürfe aber im unteren Einkommensbereich nicht dazu führen, dass jene "die Dummen" seien, die eine volle Arbeitsleistung erbringen.

Stefan Schennach sprach seitens der SPÖ-Bundesratsfraktion demgegenüber von einer fehlenden Milliarde zur Finanzierung der Gemeinden. Mit der Daseinsvorsorge würden Städte und Gemeinden zusätzlich lokale Nachfrage und Arbeitsplätze schaffen. In Wien gelte es aus seiner Sicht, den sozialen Wohnbau als Wert an sich auf EU-Ebene außer Streit zu stellen.

FPÖ-Bundesrat Josef Ofner kritisierte die Regierung, dass sie etwa in der Corona-Krise die Menschen gespalten habe. Die politischen Fehleinschätzungen haben aus seiner Sicht mit Corona begonnen und

ziehen sich über die Sanktionspolitik im Ukraine-Krieg bis hin zur Asyl- und Migrationspolitik. Demgegenüber hätten die Gemeinden in Krisenzeiten von Beginn an funktioniert und dafür gesorgt, dass die Menschen versorgt und informiert werden.

Bundesrat Adi Gross ging seitens der Grünen auf die Herausforderungen der Klimakrise ein. Auf die einkommensschwachen Gruppen sei hier besonderes Augenmerk zu legen, zumal diese im doppelten Dilemma seien. Zugleich gehe aber wirksamer Klimaschutz mit einer hohen Qualität der Grundversorgung einher, etwa durch Nahversorgung. Klimaschutz und Sozialpolitik seien kein Widerspruch, sondern eine Chance für mehr soziale Gerechtigkeit, so Gross. Die Sicherstellung der Grundversorgung sei dafür allerdings eine Bedingung.

Breit gestreut waren anschließend auch die Themen in der weiteren Debatte, bei denen sich von den Teilnehmer:innen zahlreiche Mandatar:innen der verschiedenen politischen Ebenen äußerten.

So meinte beispielsweise Veronica Kaup-Hasler, Wiener Stadträtin, dass es in multiplen Krisen umso mehr eine Pflege des Vertrauens in demokratische Strukturen und eine Orientierung an der Sache brauche. ÖVP-Bundesrätin Elisabeth Wolff betonte unter anderem, dass der Strukturwandel in Österreich so zu begleiten sei, dass der Wohlstand selbst in Zeiten der Krise gesichert ist. Bundesrat Ingo Appé seitens der SPÖ hob als Bürgermeister etwa hervor, dass die Gemeinden auch in Krisen ein verlässlicher Partner vor Ort seien. SPÖ-Nationalratsabgeordnete Petra Oberrauner bezog sich auf die Digitalisierung und die zunehmende Bedeutung einer verlässlichen Infrastruktur. Andreas Schieder, Europaabgeordneter der SPÖ, betonte unter anderen die hohe Bedeutung der Daseinsvorsorge. Auf europäischer Ebene seien Liberalisierungsschritte oft nicht sehr hilfreich gewesen, wo es aus seiner Sicht ein Umdenken brauche.

7. Anfragen des Bundesrates 2022

21.12.2022	J-BR	<u>Wo bleibt die dringend benötigte Auszahlung der Familienbeihilfe? (BMF) - beantwortet durch (3758/AB-BR/2022</u>	<u>4053/J-BR/2022</u>
20.12.2022	J-BR	<u>Türkis-Grün zerstört das österreichische Gesundheitssystem (BMSGPK) - Dringliche Anfrage</u>	<u>4065/J-BR/2022</u>
07.06.2022	J-BR	<u>geplante E-Ladestellen auf Stellplätzen und Mautabrechnung (BMK) - beantwortet durch (3711/AB-BR/2022</u>	<u>4003/J-BR/2022</u>
07.06.2022	J-BR	<u>Whistleblower-Richtlinie nicht rechtzeitig umgesetzt, Österreich ist säumig - Kocher gegen Schutz für Whistleblower*innen (BMA) - beantwortet durch (3712/AB-BR/2022</u>	<u>4002/J-BR/2022</u>
07.06.2022	J-BR	<u>Bundesmittelzuschuss Ausbau Kinderbetreuung 2022, 2023, 2024, 2025, 2026 (BMF) - beantwortet durch (3708/AB-BR/2022</u>	<u>4001/J-BR/2022</u>
07.06.2022	J-BR	<u>Verwendung Bundeszuschussmittel Ausbau Kinderbetreuung 2022, 2023, 2024, 2025, 2026 (BMBWF) - beantwortet durch (3709/AB-BR/2022</u>	<u>4000/J-BR/2022</u>
07.06.2022	J-BR	<u>Verwendung Bundeszuschussmittel Ausbau Kinderbetreuung 2022, 2023, 2024, 2025, 2026 (BMFFIM) - beantwortet durch (3707/AB-BR/2022</u>	<u>3999/J-BR/2022</u>

07.06.2022	J-BR	<u>Geplante Einstellung der Wiener Zeitung (3. Folgeanfrage) (BMFFIM) - beantwortet durch (3706/AB-BR/2022</u>	<u>3998/J-BR/2022</u>
07.06.2022	J-BR	<u>Schließung der zweisprachigen Bezirksgerichte in Kärnten/Koroška (BMJ) - beantwortet durch (3710/AB-BR/2022</u>	<u>3997/J-BR/2022</u>
20.05.2022	J-BR	<u>tatsächliche Covid-19-Todesfälle in Österreich (BMSGPK) - beantwortet durch (3704/AB-BR/2022</u>	<u>3996/J-BR/2022</u>
20.05.2022	J-BR	<u>Altersstruktur von Kassenärzten in Niederösterreich (BMSGPK) - beantwortet durch (3705/AB-BR/2022</u>	<u>3995/J-BR/2022</u>
13.05.2022	J-BR	<u>Crowdwork – Richtlinien-Vorschlag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Plattformarbeit (BMA) - beantwortet durch (3703/AB-BR/2022</u>	<u>3994/J-BR/2022</u>
13.05.2022	J-BR	<u>Enthaltung des Arbeitsministers zur europäischen Mindestlohn-Richtlinie (BMA) - beantwortet durch (3702/AB-BR/2022</u>	<u>3993/J-BR/2022</u>
13.05.2022	J-BR	<u>halbherzige und nicht zielführende Hilfe für in Not geratene Österreicher (BMEIA) - beantwortet durch (3701/AB-BR/2022</u>	<u>3992/J-BR/2022</u>
12.05.2022	J-BR	<u>Kostenlawine stoppen - Entlastung für Österreich (BMF) - Dringliche Anfrage</u>	<u>4011/J-BR/2022</u>
12.05.2022	J-BR	<u>Versorgungskrise im Gesundheits- und Langzeitpflegebereich (BMSGPK) - Dringliche Anfrage</u>	<u>4010/J-BR/2022</u>
09.05.2022	J-BR	<u>Altersstruktur von Kassenärzten (BMSGPK) - beantwortet durch (3700/AB-BR/2022</u>	<u>3991/J-BR/2022</u>
05.05.2022	J-BR	<u>Mögliche Bundesmittel für öffentlichen Verkehr in Graz (BMK) - beantwortet durch (3698/AB-BR/2022</u>	<u>3990/J-BR/2022</u>
05.05.2022	J-BR	<u>Altersstruktur steirischer Kassenärzte (BMSGPK) - beantwortet durch (3699/AB-BR/2022</u>	<u>3989/J-BR/2022</u>
22.04.2022	J-BR	<u>explodierende Mietpreise (BMJ) - beantwortet durch (3697/AB-BR/2022</u>	<u>3988/J-BR/2022</u>
22.04.2022	J-BR	<u>Auszahlungschaos beim Energiekostenausgleich (BMF) - beantwortet durch (3695/AB-BR/2022</u>	<u>3987/J-BR/2022</u>
22.04.2022	J-BR	<u>willkürliche Personalfeststellung in Orth an der Donau? (BMI) - beantwortet durch (3696/AB-BR/2022</u>	<u>3986/J-BR/2022</u>
01.04.2022	J-BR	<u>Aprés-Ski und Pandemie: Warum will die Bundesregierung unbedingt den Impfwang? (BKA) - beantwortet durch (3693/AB-BR/2022</u>	<u>3985/J-BR/2022</u>
01.04.2022	J-BR	<u>Geplante Einstellung der Wiener Zeitung (BKA) - beantwortet durch (3692/AB-BR/2022</u>	<u>3984/J-BR/2022</u>

01.04.2022	J-BR	<u>Informationsaustausch zu Postenschacher um OGH-Vizepräsidentin Marek (BMJ) - beantwortet durch (3694/AB-BR/2022</u>	<u>3983/J-BR/2022</u>
31.03.2022	J-BR	<u>ungetestete Flüchtlinge auf Reisen durch Österreich in öffentlichen Verkehrsmitteln (BMI) - beantwortet durch (3691/AB-BR/2022</u>	<u>3982/J-BR/2022</u>
18.03.2022	J-BR	<u>Personalsituation in steirischen Gefängnissen (BMJ) - beantwortet durch (3690/AB-BR/2022</u>	<u>3981/J-BR/2022</u>
22.02.2022	J-BR	<u>Gutachten, Studien und Umfragen (BMKÖS) - beantwortet durch (3686/AB-BR/2022</u>	<u>3980/J-BR/2021</u>
22.02.2022	J-BR	<u>Gutachten, Studien und Umfragen (BMK) - beantwortet durch (3688/AB-BR/2022</u>	<u>3979/J-BR/2021</u>
22.02.2022	J-BR	<u>Gutachten, Studien und Umfragen (BMSGPK) - beantwortet durch (3685/AB-BR/2022</u>	<u>3978/J-BR/2021</u>
22.02.2022	J-BR	<u>2G-Regel an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt (BMBWF) - beantwortet durch (3687/AB-BR/2022</u>	<u>3977/J-BR/2021</u>
21.02.2022	J-BR	<u>2G-Beschränkung für Hundeausbildung (BMSGPK) - beantwortet durch (3682/AB-BR/2022</u>	<u>3976/J-BR/2021</u>
21.02.2022	J-BR	<u>Evakuierungen aus Afghanistan (BMEIA) - beantwortet durch (3683/AB-BR/2022</u>	<u>3975/J-BR/2021</u>
21.02.2022	J-BR	<u>geimpfte und nicht ausreichend geimpfte Patienten in Spitälern (BMSGPK) - beantwortet durch (3684/AB-BR/2022</u>	<u>3974/J-BR/2021</u>
20.02.2022	J-BR	<u>Nachmittagsbetreuung und Ausbau von Ganztagschulen (BMBWF) - beantwortet durch (3681/AB-BR/2022</u>	<u>3973/J-BR/2021</u>
16.02.2022	J-BR	<u>Bildungszentrum im Süden von Graz (BMBWF) - beantwortet durch (3680/AB-BR/2022</u>	<u>3971/J-BR/2021</u>
15.02.2022	J-BR	<u>Ausbau von Breitbandverbindungen und die Breitbandstrategie 2030 (BMDW) - beantwortet durch (3678/AB-BR/2022</u>	<u>3968/J-BR/2021</u>
15.02.2022	J-BR	<u>Ausbau von Breitbandverbindungen und die Breitbandstrategie 2030 (BMLRT) - beantwortet durch (3679/AB-BR/2022</u>	<u>3967/J-BR/2021</u>
14.02.2022	J-BR	<u>Projekt Selbstwert- Mädchen und junge Frauen stärken! (BMSGPK) - beantwortet durch (3677/AB-BR/2022</u>	<u>3969/J-BR/2021</u>
11.02.2022	J-BR	<u>Sachverhaltsdarstellung zum Wirtschaftspark Sieghartskirchen (BMJ) - beantwortet durch (3676/AB-BR/2022</u>	<u>3966/J-BR/2021</u>
09.02.2022	J-BR	<u>Beirat für Elementarpädagogik und Bund-Länder-Vereinbarungen gemäß Art. 15a B-VG (BMBWF) - beantwortet durch (3675/AB-BR/2022</u>	<u>3972/J-BR/2021</u>

03.02.2022	J-BR	<u>Lieferung der Leonardo AW169M (BMLV) - beantwortet durch (3674/AB-BR/2022</u>	<u>3965/J-BR/2021</u>
02.02.2022	J-BR	<u>Probleme bei Schüler*innentransporten (BMFFJI) - beantwortet durch (3673/AB-BR/2022</u>	<u>3964/J-BR/2021</u>
02.02.2022	J-BR	<u>Probleme bei Schüler*innentransporten (BMF) - beantwortet durch (3672/AB-BR/2022</u>	<u>3963/J-BR/2021</u>
31.01.2022	J-BR	<u>Ausbau von Breitbandverbindungen und die Breitbandstrategie 2030 (BMK) - beantwortet durch (3671/AB-BR/2022</u>	<u>3970/J-BR/2021</u>
26.01.2022	J-BR	<u>nicht genehmigte Anträge Ausfallbonus durch COFAG (BMF) - beantwortet durch (3670/AB-BR/2022</u>	<u>3959/J-BR/2021</u>
26.01.2022	J-BR	<u>Impfpflicht für wen? (BMSGPK) - beantwortet durch (3669/AB-BR/2022</u>	<u>3958/J-BR/2021</u>
21.01.2022	J-BR	<u>Corona-Totalversagen der Bundesregierung - Folgeanfrage (BMSGPK) - beantwortet durch (3668/AB-BR/2022</u>	<u>3957/J-BR/2021</u>
21.01.2022	J-BR	<u>Corona-Totalversagen der Bundesregierung - Folgeanfrage (BKA) - beantwortet durch (3667/AB-BR/2022</u>	<u>3956/J-BR/2021</u>
20.01.2022	J-BR	<u>Gültigkeit und Speicherdauer von Daten des Grünen Passes (BMSGPK) - beantwortet durch (3666/AB-BR/2022</u>	<u>3955/J-BR/2021</u>
18.01.2022	J-BR	<u>Vorgänge in der Landesabteilung 13 - Umwelt und Raumordnung des Landes Steiermark (BMJ) - beantwortet durch (3665/AB-BR/2022</u>	<u>3952/J-BR/2021</u>
18.01.2022	J-BR	<u>Umsetzung der EntschlieÙung 346/E-BR/2021 (BKA) - beantwortet durch (3664/AB-BR/2022</u>	<u>3951/J-BR/2021</u>
17.01.2022	J-BR	<u>dem aktuellen Stand zur EntschlieÙung "umgehende Umsetzung eines Zukunftspaketes für Kinder und Jugendliche" (334/E-BR/2021 (BMFFJI) - beantwortet durch (3662/AB-BR/2022</u>	<u>3948/J-BR/2021</u>
17.01.2022	J-BR	<u>dem aktuellen Stand zur EntschlieÙung "Soforthilfepaket für Alleinerzieherinnen" (333/E-BR/2021 (BMFFJI) - beantwortet durch (3661/AB-BR/2022</u>	<u>3946/J-BR/2021</u>
17.01.2022	J-BR	<u>dem aktuellen Stand zur EntschlieÙung "Berufsschulen nicht vergessen" (335/E-BR/2021 (BMBWF) - beantwortet durch (3655/AB-BR/2022</u>	<u>3944/J-BR/2021</u>
17.01.2022	J-BR	<u>dem aktuellen Stand zur EntschlieÙung "weitere Entlastungen für Mieterinnen und Mieter im Rahmen der COVID-19-Krise" (338/E-BR/2021 (BMJ) - beantwortet durch (3660/AB-BR/2022</u>	<u>3943/J-BR/2021</u>
17.01.2022	J-BR	<u>dem aktuellen Stand zur EntschlieÙung "Ausstattung von Gebäuden der Polizei mit</u>	<u>3942/J-BR/2021</u>

		<u>Photovoltaik-Anlagen" (352/E-BR/2021 (BMI) - beantwortet durch (3658/AB-BR/2022</u>	
17.01.2022	J-BR	<u>dem aktuellen Stand zur EntschlieÙung "eine Kastrationspflicht für alle Katzen, die mit freiem Zugang zur Natur gehalten werden ("Freigängerkatzen")" (349/E-BR/2021 (BMSGPK) - beantwortet durch (3656/AB-BR/2022</u>	<u>3941/J-BR/2021</u>
17.01.2022	J-BR	<u>dem aktuellen Stand zur EntschlieÙung "Ausstattung von Gebäuden des Bundesheers mit Photovoltaik-Anlagen" (351/E-BR/2021 (BMLV) - beantwortet durch (3657/AB-BR/2022</u>	<u>3940/J-BR/2021</u>
12.01.2022	J-BR	<u>dem aktuellen Stand zur EntschlieÙung "Erhöhung der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung" (336/E-BR/2021 (BKA) - beantwortet durch (3654/AB-BR/2022</u>	<u>3949/J-BR/2021</u>
12.01.2022	J-BR	<u>dem aktuellen Stand zur EntschlieÙung "Ärztmangel bekämpfen" (347/E-BR/2021 (BMSGPK) - beantwortet durch (3653/AB-BR/2022</u>	<u>3947/J-BR/2021</u>
12.01.2022	J-BR	<u>dem aktuellen Stand zur EntschlieÙung "keine Abwälzung der EU-Plastikabgabe auf SteuerzahlerInnen statt Plastikhersteller" (330/E-BR/2020 (BMK) - beantwortet durch (3652/AB-BR/2022</u>	<u>3945/J-BR/2021</u>
10.01.2022	J-BR	<u>Probleme bei Schüler*innentransporten (BMK) - beantwortet durch (3651/AB-BR/2022</u>	<u>3962/J-BR/2021</u>
07.01.2022	J-BR	<u>Schließung der Postfiliale in Sieghartskirchen (Bezirk Tulln an der Donau) (BMLRT) - beantwortet durch (3650/AB-BR/2022</u>	<u>3939/J-BR/2021</u>
03.01.2022	J-BR	<u>Umsetzung der EntschlieÙung 304/E-BR/2020 (BKA) - beantwortet durch (3648/AB-BR/2022</u>	<u>3938/J-BR/2021</u>
03.01.2022	J-BR	<u>Umsetzung der EntschlieÙung 310/E-BR/2020 (BMEIA) - beantwortet durch (3649/AB-BR/2022</u>	<u>3936/J-BR/2021</u>
03.01.2022	J-BR	<u>Umsetzung der EntschlieÙung 311/E-BR/2020 (BKA) - beantwortet durch (3647/AB-BR/2022</u>	<u>3935/J-BR/2021</u>
03.01.2022	J-BR	<u>Umsetzung der EntschlieÙung 316/E-BR/2020 (BKA) - beantwortet durch (3646/AB-BR/2022</u>	<u>3934/J-BR/2021</u>
03.01.2022	J-BR	<u>Umsetzung der EntschlieÙung 317/E-BR/2020 (BKA) - beantwortet durch (3645/AB-BR/2022</u>	<u>3933/J-BR/2021</u>
03.01.2022	J-BR	<u>Umsetzung der EntschlieÙung 312/E-BR/2020 (BKA) - beantwortet durch (3644/AB-BR/2022</u>	<u>3932/J-BR/2021</u>
03.01.2022	J-BR	<u>Umsetzung der EntschlieÙung 320/E-BR/2020 (BKA) - beantwortet durch (3643/AB-BR/2022</u>	<u>3931/J-BR/2021</u>
17.01.2022	J-BR	<u>dem aktuellen Stand zur EntschlieÙung "umgehende Umsetzung eines Zukunftspaketes für</u>	<u>3948/J-BR/2021</u>

		<u>Kinder und Jugendliche" (334/E-BR/2021 (BMFFJI) - beantwortet durch (3662/AB-BR/2022</u>	
17.01.2022	J-BR	<u>dem aktuellen Stand zur EntschlieÙung "Soforthilfepaket für Alleinerzieherinnen" (333/E-BR/2021 (BMFFJI) - beantwortet durch (3661/AB-BR/2022</u>	<u>3946/J-BR/2021</u>
17.01.2022	J-BR	<u>dem aktuellen Stand zur EntschlieÙung "Berufsschulen nicht vergessen" (335/E-BR/2021 (BMBWF) - beantwortet durch (3655/AB-BR/2022</u>	<u>3944/J-BR/2021</u>
17.01.2022	J-BR	<u>dem aktuellen Stand zur EntschlieÙung "weitere Entlastungen für Mieterinnen und Mieter im Rahmen der COVID-19-Krise" (338/E-BR/2021 (BMJ) - beantwortet durch (3660/AB-BR/2022</u>	<u>3943/J-BR/2021</u>
17.01.2022	J-BR	<u>dem aktuellen Stand zur EntschlieÙung "Ausstattung von Gebäuden der Polizei mit Photovoltaik-Anlagen" (352/E-BR/2021 (BMI) - beantwortet durch (3658/AB-BR/2022</u>	<u>3942/J-BR/2021</u>
17.01.2022	J-BR	<u>dem aktuellen Stand zur EntschlieÙung "eine Kastrationspflicht für alle Katzen, die mit freiem Zugang zur Natur gehalten werden ("Freigängerkatzen")" (349/E-BR/2021 (BMSGPK) - beantwortet durch (3656/AB-BR/2022</u>	<u>3941/J-BR/2021</u>
17.01.2022	J-BR	<u>dem aktuellen Stand zur EntschlieÙung "Ausstattung von Gebäuden des Bundesheers mit Photovoltaik-Anlagen" (351/E-BR/2021 (BMLV) - beantwortet durch (3657/AB-BR/2022</u>	<u>3940/J-BR/2021</u>
12.01.2022	J-BR	<u>dem aktuellen Stand zur EntschlieÙung "Erhöhung der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung" (336/E-BR/2021 (BKA) - beantwortet durch (3654/AB-BR/2022</u>	<u>3949/J-BR/2021</u>
12.01.2022	J-BR	<u>dem aktuellen Stand zur EntschlieÙung "Ärztmangel bekämpfen" (347/E-BR/2021 (BMSGPK) - beantwortet durch (3653/AB-BR/2022</u>	<u>3947/J-BR/2021</u>
12.01.2022	J-BR	<u>dem aktuellen Stand zur EntschlieÙung "keine Abwälzung der EU-Plastikabgabe auf SteuerzahlerInnen statt Plastikhersteller" (330/E-BR/2020 (BMK) - beantwortet durch (3652/AB-BR/2022</u>	<u>3945/J-BR/2021</u>
10.01.2022	J-BR	<u>Probleme bei Schüler*innentransporten (BMK) - beantwortet durch (3651/AB-BR/2022</u>	<u>3962/J-BR/2021</u>
07.01.2022	J-BR	<u>Schließung der Postfiliale in Sieghartskirchen (Bezirk Tulln an der Donau) (BMLRT) - beantwortet durch (3650/AB-BR/2022</u>	<u>3939/J-BR/2021</u>

Tabelle 3: Anfragen des Bundesrates; Quelle: Homepage des österreichischen Parlaments; Anfragen und Beantwortungen / Parlament Österreich

8. Übersicht der Tätigkeiten des Bundesrates 2022

	Anzahl
Sitzungen	13
Gemeinsame Sitzungen NR/BR	-
Bundesversammlung	-
In Verhandlung genommen:	
Gesetzesbeschlüsse	203
davon Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	14
davon keine Zustimmung nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	-
sonstige Zustimmungen	1
davon Einsprüche	1
davon 8-Wochen-Fristablauf	-
Ablehnung im Plenum	-
Übergang zur Tagesordnung	-
Stimmengleichheit	-
Staatsverträge	23
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z. 2 B-VG	1
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 1 Z. 2 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 3 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 4 B-VG	1
davon Art. 15a B-VG-Vereinbarungen	8
sonstige Zustimmungen	-
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	15
Berichte der Volksanwaltschaft	-
Selbständige Anträge	3
davon Gesetzesanträge	-
davon Selbständige Entschließungsanträge	1
Bericht und Antrag eines Ausschusses gemäß Art. 23 Abs. 1 GO-BR	-
eine dem Ausschussbericht angeschlossene Entschließung	-
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	1
Petitionen	-
Eingebracht:	
Schriftliche Anfragen	89
davon Dringliche Anfragen	7
Besprechungen von Anfragebeantwortungen	2
Selbständige Anträge	2
	39

davon Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	-
davon Gesetzesanträge	-
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates gemäß Art. 41 Abs. 1 B-VG	-
davon Selbständige Entschließungsanträge	-
Unselbständige Entschließungsanträge	93
davon angenommen	7
Anträge, Einspruch zu erheben	1
Abänderungsanträge	-
Fristsetzungsanträge	-
davon angenommen	-
Sonstiges:	
Erklärungen von Landeshauptleuten	2
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	2
Fragestunden	2
Aktuelle Stunden	9
Durchführung einer Enquete	2
Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates:	
EU-Ausschuss	11
Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	1
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	2
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG	5
Ausschussfeststellungen	-
Aktuelle Aussprache	3
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	8
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	3
Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen	1
Ausschuss für Familie und Jugend	7
Finanzausschuss	11
Geschäftsordnungsausschuss	-
Gesundheitsausschuss	10
Gleichbehandlungsausschuss	1
Ausschuss für innere Angelegenheiten	5
Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	2
	40

Justizausschuss	6
Kinderrechteausschuss	-
Landesverteidigungsausschuss	4
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	3
Ausschuss für Sportangelegenheiten	-
Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur	2
Umweltausschuss	2
Unterrichtsausschuss	6
Unvereinbarkeitsausschuss	4
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	4
Ausschuss für Verkehr	5
Wirtschaftsausschuss	9
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	3
Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-

Tabelle 4: Übersicht der Tätigkeiten des Bundesrates 2022; Quelle: Bundesratsdienst der Parlamentsdirektion; Tätigkeiten des Bundesrates 2022 (parlament.gv.at)